

Volksblatt

Nummer 74

Mittwoch, den 14. März

Jahrgang 1928

Der Phoebe-Komplex.

Nach dem Varmat-Skandal ist die Lohmann-Affäre zweifellos eine der unerquicklichsten Angelegenheiten der letzten Jahre. In diesem wie in jenem Falle sind öffentliche Mittel zu Zwecken, die nicht gebilligt werden können, verwandt worden. Erhebliche Verluste gegen das Staatsgehalt geben dem Phoebe-Komplex noch ein besonders unangenehmes Gesicht. Wie hoch sich die Verluste stellen werden, die das Reich durch die disziplinarischen und unsinnigen Geschäftstätigkeiten des Kapitän Lohmann zu Buchen hat, steht offenbar noch gar nicht fest. In der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags ist die auch schon in der Presse genannte Summe von 26 bis 30 Millionen Mark vom Reichswehrminister Groener nicht als falsch bezeichnet worden. Sein Schweigen in diesem Falle darf wohl als Bestätigung der Befürchtungen angesehen werden, die mit einem solch hohen Verlust rechnen.

Das Lohmann an dieser Affäre ist, daß einem einzigen Mann so weitreichende Vollmachten zur Verwendung von Fonds gegeben worden sind, ohne daß den vorgelegten Stellen ansehnend auch nur der Gedanke gekommen ist, ihn und wieder von dem mit so reichlichen Mitteln ausgestatteten Offizier Rechenschaftslegung zu fordern. So kam es denn, daß er immer weiter in den Wahnsinn hineintappte, Verbindungen der Marine mit Privatunternehmungen anzuknüpfen und schließlich ganz auf eigene Verantwortung den Millionensegen zu verteilen.

Mittel, die zur Abwehr der Ruhrschäden dienen sollten, sind für ganz andere Zwecke ausgegeben worden, und Einnahmen des Reichs, die in die Reichskasse fließen mußten, sind in die leeren Kassen von meist überfaulen Firmen gewandert, die damit noch gewisse Zeit am Leben erhalten wurden. Ob aber der Betrieb mit den Mitteln Lohmanns begann.

Fest scheint zu stehen, daß dieser betriebsame Mann zunächst nur Gutes gewollt hat. Darum fand er ja auch für seine ersten Unternehmungen die Zustimmung seiner vorgesetzten Stellen. Dann aber hatte er offenbar Geschmack an dieser geschäftlichen Betätigung gefunden, und da gab es kein Halten mehr für ihn. An was für Betrieben hat er das Reich nicht beteiligt! Er war daran interessiert, daß Motorboote, Flugzeuge und Filme fabriziert wurden; er trat als Hauskäufer auf; er nahm Interesse an Berliner Bankvereinen, als es bereits übel um seine Bonität stand; er begünstigte die Berliner Bacon-Compagnie, die in Solz geleitete kalte Schweine nach einem besonderen Verfahren konservierte, die aber ihren Betrieb schon mehr oder minder stilllegen mußte, bevor die Beteiligung des Reichswehrministeriums (im August v. J.) bekannt wurde; er steckte Geld in eine angeblich vor der Erschließung stehende Erzeugnisgesellschaft in Schweden, er beteiligte das Reich an der Auswertung eines Patentes, das eine Mühle für Kohlenstaubfeuerung betraf, weiter an einem Patent betreffend Herstellung eines Verbrennstoffes für Motoren aus einem Spiritus-Gemisch und an einer Vergasungsstudien-gesellschaft. Daß Herr Groener gestern bei der Ausbreitung über den Phoebe-Bericht im Haushaltsausschuß des Reichstags für solche Geschäftstätigkeit alles andere als Worte der Entschuldigung hatte, ist kein Wunder.

Von dem verpulverten Geld wird kaum mehr als ein Bruchteil zu retten sein. Und so bleibt uns im wesentlichen nur die Hoffnung, daß die Aufdeckung dieses Falles Lohmann für ehrgelagte Seebären mit ähnlichen Neigungen eine abschreckende Warnung sein und daß nicht nur im Reichswehrministerium, sondern auch in anderen Ministern daraus die Lehre gezogen wird, daß jede illegale Betätigung von Uebel ist.

Eine Sache für sich ist noch die Zustimmung zur Wirtschaftsverwaltung durch den Reichsfinanzminister Dr. Reithold. Etwas stimmt dabei sicherlich nicht. Denn im Reichsfinanzministerium hat bis vor kurzem kein Mensch davon gewußt. Wie dies nicht auch noch manche andere Dinge in der reichhaltigen Angelegenheit der Klärung bringend beibringt. Es mag da vielleicht manches geben, was das Tageslicht zu scheuen hat. Denn sonst würde ja wohl der Bericht des Reichsfinanzkommissars Saenisch, und nicht ein Mißbrauch daraus ad usum Delphini der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht worden sein. Welt wichtiger natürlich, als daß jede Einzelheit dieser verwickelten Geschichte im hellen Sonnenlicht wie schwebende Wäse auf der Wiede-rolung verhaftet wird. Wir meinen, daß es genügt, wenn einem kleinen Kreis von Abgeordneten, wie etwa dem Untersuchungsausschuß des Haushaltsausschusses der Reichstags, in den Bericht Saenischs gewährt wird. Sache des Untersuchungsausschusses wird es dann sein, Vorschläge zu machen, durch die Garantien gegen das Wieder-vorkommen solcher Dinge geschaffen werden. Sehr der Prüfung bedürftig erscheint uns im übrigen noch die Frage, ob nicht Lohmann von dem Straf-richter zur Verantwortung gezogen werden muß. Er hat sich zwar nicht selbst an den von ihm so eigenartig ver-worbenen Reichsgeheimen bereichert, wohl aber andere. Nebenbei hat er diese Mittel nicht so verwendet, wie es seine Pflicht und Schamhaftigkeit gewesen wäre. Mit der Einbeziehung des pfändbaren Teiles seiner Pen-sion kann diese Affäre unmöglich, soweit Lohmann selbst in Frage kommt, ihr Bewenden haben.

Eine schreckliche Dammbruch-katastrophe in Florida.

Über 500 Tote.

Los Angeles, 13. März. Durch ein Erdbeben wurde der Damm eines Reservoirs in dem San-Francisco-Canon, etwa 45 englische Meilen nördlich von Los Angeles, zerstört. Durch die ausströmenden Fluten wurden verschiedene Viehhäuser zerstört. Die Fluten stiegen jetzt etwa 10 Fuß hoch in der Richtung auf Saugus, das ungefähr 15 englische Meilen von der Stelle des Dammbruchs entfernt liegt. Das betroffene Gebiet ist nur spärlich bevölkert.

Nachrichten aus Saugus zufolge befürchtet man, daß 75 Personen, die auf dem Gelände einer Elektrizitätsgesellschaft unmittelbar an dem durch das Erdbeben zerstörten Damm wohnten, ums Leben gekommen sind. Im Santa Clara-Tal allein sollen 175 Personen ums Leben gekommen sein. Infolge des Dammbruchs sind 200 bis 500 Menschen ums Leben gekommen.

Nach Schätzung des mit der Durchführung der Polizeimassnahmen und des Hilfswerkes beauftragten Beamten William Bright sind infolge des Dammbruchs 200 bis 500 Menschen ums Leben gekommen.

Nach weiteren Meldungen aus Los Angeles rechnet man bis jetzt damit, daß bei der katastrophalen Ueber-schwemmungskatastrophe 500 Menschen ums Leben gekommen sind. Es ist aber durchaus möglich, daß die Zahl der Todesopfer noch weiter steigt, da der Umfang des Unglücks noch nicht zu übersehen ist. Über das betroffene Gebiet ist der Belagerungszustand verhängt worden. Sechs Ortschaften wurden vollständig zerstört. Im Santa Clara-Tal allein sollen 175 Personen ums Leben gekommen sein. Verschiedene wichtige Brücken wurden zerstört.

Ein furchtbares Chaos.

Los Angeles, 13. März. Die Verwaltung der Wasserkräfte in New Hall erhielt die Nachricht, daß durch den Bruch des Staudammes 150 Angestellte der Werke umgekommen sind. Nur einer wurde gerettet. Der ganze Umfang der Katastrophe ist noch nicht zu übersehen. Der Bruch des Staudammes erfolgte um 1 Uhr nachts. Der Damm gehörte zu dem Wasserleitungssystem, das das Trinkwasser über 300 km. durch die Wüste nach Los Angeles leitet. Durch den Dammbruch wurden etwa 134 000 Gallonen Wasser frei. Der San Francisco-Canon bildet an der Durchbruchstelle ein enges Tal mit steilen Wänden. Er verläuft in südwestlicher Richtung nach Los Angeles. Mehrere Kilometer unterhalb des Staudammes, das etwa 8 Kilometer lang war, bereitete sich ein wellenförmiger Landrutsch mit zahlreichen Farnen und Wohnstätten aus. Saugus, New Hall, El Rio und andere Dörfer liegen südlich des Dammes. Etwa 500 Menschen wohnten im oberen Canon unterhalb des Dammes. Eine auf 75 Fuß Höhe gehörende Wassermauer ergab sich in der Richtung auf die schlafenden Ortschaften und richtete ein furchtbares Chaos an. Bis 5 Uhr morgens waren drei Leichen geborgen. Nach einer späteren Meldung überflutete die Flutwelle nach dem Bruch des 185 Fuß hohen Staudammes zunächst das Gebiet des Filmspielfelds Carey. Man befürchtet, daß 30 dort lebende Indianer den Fluten zum Opfer gefallen sind. Die Zweiglinie der Southern Pacific Eisenbahn wurde unterbrochen. Um 4 Uhr früh näherten sich die Wassermassen dem Ort Santa Paula, dem Mittelpunkt des Citronengiebels. Die Flutwelle hielt sich jedoch im Bette des Santa Paula-Flusses. Es wird befürchtet, daß sie weiter südlich in den Feldern von Ventura großen Schaden anrichten wird. Die Meldung, daß der Dammbruch auf ein Erdbeben zurückzuführen sei, findet keine Bestätigung. Ein Erdbeben wurde nirgends wahrgenommen.

Unter einer gelben Sandschicht begraben.

Los Angeles, 13. März. Bei den Rettungsarbeiten für die Opfer der Dammbruchkatastrophe in San Francisco-Canon sind an der Stelle, wo die Flutwelle sich in den Santa Paula-Fluss ergoß, bereits 100 Tote geborgen worden. Bereits seit 10 Uhr morgens sind 400 Mann unter Leitung der örtlichen Polizeibehörden mit den Rettungsarbeiten beschäftigt. Von Los Angeles hat sich der Polizeichef Davis mit 1000 Polizisten nach dem Schauplatz des Unglücks begeben. Der ganze San Francisco-Canon ist unter einer gelben Sandschicht begraben, die an manchen Stellen bis 30 Fuß tief ist, während sie an anderen Stellen nur einige Zoll dick ist. Unter dieser Sandschicht dürften, wie befürchtet ist, noch etwa 100 Personen begraben liegen, die zwischen den Wänden der San Francisco-Schlucht ihre Wohnstätten hatten. Nach den ersten Meldungen haben in dieser Gegend nur 5 Personen die Flutwelle überlebt. Sie wurden vom Wasser in einem Wohnhaus bei Saugus überzogen und aus dem Bettel geschwemmt, konnten sich aber retten, indem sie sich gegenständig an den Händen hielten. Nach den Ergebnissen einer vorläufigen Untersuchung wird angenommen, daß das in der Talperle angesammelte Wasser den Bergabhang, auf den sich der Wellflügel des Staudammes stürzte, die Sicherung unterbrach, so daß ein Teil des Dammes zusammenstürzte.

120 Todesopfer in Santos.

Santos, 13. März. Nach den letzten Angaben der Behörden ist insgesamt mit etwa 120 Opfern der Erdbebenkatastrophe zu rechnen. Weitere Bergstürze größten Umfangs werden furchtbar erwartet. Die Ingenieure, die den Monstratrag einer genauen Untersuchung unterzogen haben, erklären, daß möglicherweise der ganze Berg zusammenstürzen werde. Im Verlauf der Bergungsarbeiten wurden unter dem Geröll einige Frauen aufgefunden, die noch lebten, obwohl sie 26 Stunden begraben waren. Die Unglücklichen waren wahnsinnig geworden. Die Räumung des von dem Berg bedrohten Stadtviertels ist nunmehr beendet. In der Stadt herrscht größte Erregung. Handel und Verkehr sind vollständig lahmgelegt. Man glaubt, daß es notwendig werden wird, die Bergungsarbeiten einzustellen, um die Rettungsmannschaften nicht der Gefahr weiterer Erdrutsche aussetzen zu lassen.

Schweres Eisenbahnunglück in Ceylon.

Colombo, 13. März. Etwa 25 Meilen südlich von Colombo sind zwei Personenzüge zusammengefahren. 25 Personen wurden getötet und 41 verletzt. Beide Maschinen und fünf Wagen wurden schwer beschädigt.

Kentern mehrerer japanischer Schiffe.

85 Mann ertrunken. Tokio, 13. März. Nach einer Meldung der Agentur Indo-Pacific aus Tokio sind von den an der Chibaküste während eines Sturmes gekenterten vier japanischen Schiffen 45 Mann Besatzung des einen gerettet worden, während es unmöglich war, den 85 Mann der drei anderen Rettung zu bringen.

Die Verhaftung deutscher Ingenieure in Rußland.

Ein Teil des Kampfes gegen die Opposition.

Die Parteibürokratie in Rußland scheint in Auswertung der Maßnahmen des letzten Parteitag gegen die Oppositionsführer inzwischen dazu übergegangen zu sein, alle Elemente, die sich einigermaßen unbeliebt gemacht haben, aus ihren Reihen auszumergen. Ruffische Meldungen besagen, daß die Gefängnisse überfüllt seien. In gleicher Zeit wird berichtet, daß dem Beispiele von Sinowjew und Kamenew, die bekanntlich beide reumütig zur Parteimehrheit zurückgekehrt sind, andere prominente Persönlichkeiten folgen. So soll z. B. auch Platakow, einer der führenden Persönlichkeiten der Wirtschaftsopposition, in einem offenen Brief seine Wiederaufnahme in die Partei beantragt haben. Dieser äußere Sieg der Parteimehrheit, ein Sieg also des Verwaltungsmechanismus, kann eben angeht die überfüllten Gefängnisse die Nervosität nicht verdrängen, die das russische Volk durch die Verhaftung der Ingenieure empfindet. Die Feier der Wiedergeburt des Grünungstages der Roten Armee ist nicht ohne Verhaftungen verlaufen. Zahlreiche Offiziere, die gelegentlich der Feier auch des Organisations Troiki gedachten, haben das mit Freiheitsverlust büßen müssen.

Das Merkwürdigste aber ist die Verhaftung von deutschen Ingenieuren im Donez-Gebiet. Man wirft ihnen vor, daß sie sich in den Bergwerken an Sabotageversuchen beteiligt hätten, um die Sowjetwirtschaft zu stören. Sie sollen das im Auftrag des polnischen Generalstabs getan haben. Es handelt sich um 6 deutsche Ingenieure, von denen 4 der A. G. G. Firma angehören. Sie sind auf besonderen Wunsch der Sowjetregierung nach dem Don-Gebiet entandt worden, um dort bei dem Bau von Industrieanlagen und Kokereien mit Rat und Tat zu helfen. Teilweise befinden sich diese Ingenieure erst ganz kurze Zeit in Rußland, so daß es außerordentlich unwahrscheinlich ist, daß sie an irgend einem Komplott beteiligt sein könnten. Aber die Russen scheinen es auch schon als ein Verbrechen ausländischer Ingenieure anzusehen, wenn diese von Sabotageabsichten anderer hören, ohne Meldung zu erstatten. Aber auch eine solche Unterlassung ist den deutschen Ingenieuren bisher noch nicht nachgewiesen. Natürlich hat die Nachricht von diesen Verhaftungen so gleich zu Vorstellungen bei den russischen Behörden geführt, daß nicht es nicht so aus, als ob die Russen, die von dem angeblichen Komplott gleich großes Aufsehen machten, geneigt seien, einen Irrtum einzusehen. Die zwischen Deutschland und Rußland schwebenden Wirtschaftsverhandlungen dürften durch das russische Vorgehen sicher nicht gefördert werden, eher wird die Zurückhaltung der deutschen Firmen noch größer werden als bisher. Zudem ist es notwendig, daß die Sachlage so schnell wie möglich einwandfrei geklärt wird, die jetzt in Moskau belagerte Pressepropaganda gegen die „Saboteure“ kann hier vorläufig wenigstens nicht im geringsten imponieren.

Der Schritt Brockdorff-Ramhaus bei Tschitscherin.

Berlin, 13. März. Das Auswärtige Amt hatte unmittelbar nach Bekanntwerden der Verhaftungen der deutschen Ingenieure und Techniker im Donez-Gebiet den deutschen Botschafter in Moskau, Grafen Brockdorff-Ramhaus, beauftragt, sich mit den maßgebenden russischen Stellen ins Benehmen zu setzen und sich über die Gründe zur Verhaftung zu informieren. Tschitscherin hat laut „B. Z.“ dem deutschen Botschafter mitgeteilt, daß eine eingehende Untersuchung der Angelegenheit eingeleitet worden ist.

Noch keine Klärung.

Berlin, 13. März. Die Angelegenheit der Verhaftung von Reichsdeutschen in der Sowjetunion ist, durch die Verhandlungen in Moskau noch nicht geklärt. Die Verhandlungen dauern an und der deutsche Generalkonsul in Charkow ist in der Sache tätig. Ein abschließendes Urteil kann daher naturgemäß noch nicht gefällt werden und es ist auch unzulässig, wenn von russischer Seite die Dinge so dargestellt werden, als ob sie bereits geklärt seien.

Die Anklage.

Moskau, 13. März. Die „Pravda“ behauptet, daß die früheren Bergwerksbesitzer und ihre antilowjewitschen Freunde aus der Zahl der Spezialisten für die Aufgabe gemacht hätten, den sozialistischen Aufbau der Wirtschaft zu verhindern. Dies hätten sie in den letzten 5 bis 6 Jahren durch Maschinenherstellung, Brandstiftung, Unterwasserzerstörung von Bergwerken, unethische Ausnutzung der Arbeiter, mutwillige Ignorierung der sozialistischen Rationalisierung der Wirtschaft und dergleichen mehr getan, und das sei nur möglich gewesen, weil sie die Wirtschaft, Gewerkschaften und andere Organe systematisch betrogen hätten, ohne von ihnen einen Widerstand gefunden zu haben. Eine Reihe der bedeutendsten Spezialisten hätten nicht allein in Verbindung gestanden mit den früheren Bergwerksbesitzern sondern auch mit militärischen Agenten der kapitalistischen Staaten, insbesondere Polens. Dieselben Leute hätten auch den Interventionistenkrieg gegen Rußland vorbereitet. Diese Schädigung der Wirtschaft soll auch in anderen Gebieten der Industrie verurteilt worden sein; es genüge, an die Brandstiftungen auf den Werken in Sormowo, in Leningrad, in Jaroslavl, in Katusch, zu erinnern. Die Verhaftungen sind allem Anschein nach der Beginn einer großen Aktion. So melden die „Sowjetis“, daß eine besondere Kommission sich von Charkow nach Stalinogruben habe, um die Explosion im Bergwerk Ruzschenskoi zu untersuchen. In die gleiche Kategorie von Verurteilungen fallen auch vier Todesurteile, die erst vor wenigen Tagen gegen drei ehemalige Angestellte einer Sägemühle in der Nähe von Leningrad gefällt wurden, die angeklagt waren, auf Veranlassung eines finnischen Spions das Werk in Brand zu stecken verurteilt zu haben. Die angebliche Verurteilung in den Don-Bergwerken ereignet in einem noch ungewisseren Lichte, wenn man berücksichtigt, daß zwei Tage vor der offiziellen Meldung über ihre Entbindung die „Pravda“ in einem Artikel gegen die roten Terroristen und russischen Spezialisten die bittersten Vorwürfe erhoben und die Heranziehung von Spezialisten aus Deutschland und Amerika verlangt hatte. Man kann sich den Eindruck nicht erlauben, daß die Verhaftungen der Ingenieure und Techniker eine revolutionäre Tätigkeit ausländischer und russischer Spezialisten zur Erklärung des Mißerfolges des bolschewistischen Wirtschaftsaufbaus herhalten!

Ueberspannter Bogen.

Moskau, 12. März. Die Verhaftung der sechs deutschen Ingenieure und Techniker der A. G. G. und der Firma Koppers im Donezgebiet hat in den Ausländerkreisen Moskaus Erregung und Entrüstung hervorgerufen. Es wird allgemein für unmöglich gehalten, daß Ingenieure und Angestellte der Firmen A. G. G. und Koppers sich an einer „gegenrevolutionären Organisation“ beteiligt haben könnten. Die Angelegenheit bildet in Moskau das Tagesgespräch. Die ersten Nachrichten wurden den Arbeitern in den Fabriken durch große Plakate bekanntgemacht, noch ehe die Meldungen in den Zeitungen erschienen. Am Sonnabend fanden in allen großen Städten der Sowjetunion Arbeiterversammlungen statt, in welchen frengete Verurteilung der gegenrevolutionären Unternehmungen der Verhafteten verlangt wurde. In einer großen Versammlung von Vertretern der Gewerkschaftsorganisationen, Ingenieuren und Technikern in Moskau wurde eine Entschließung gefaßt, welche strengste Ueberprüfung der eigenen Reihen forderte. Die Spitzenorganisation der Ingenieurgewerkschaften ist an die Sowjetregierung mit dem Ersuchen herangetreten, im Namen der Sowjet-

Charles Reich!

of ie keit

375

495

ation toffe

Kleber-Armee

In allen 34 Patentstaaten... W. Kieper, Köln.

Ein- und Mehrzimmer-Installationsanlagen

Unbau und Reparaturen billigt! R. Brück RD. RAUB Münster i. W., 23 Telefon 19

ingenteure öffentliche Anklagen stellen zu dürfen. Einige Zeitungen bringen Interviews mit Arbeitern und Gelehrten, die ebenfalls für strenge Strafen eintreten. Ein Bericht über die öffentlichen Verhandlungen warnt davor, namentlich alle Spezialisten und Fachleute nach einer Schablone zu beurteilen und verlangt für die Strafen, Kameradschaftlichkeit und Unterstützung bei ihrer Arbeit. Auch der Leiter der ukrainischen Zentral-Kontrollkommission Sallawski warnt vor einer „Spezialistenhege“. Das Wirtschaftsblatt „Ökonomische Welt“ befürwortet Maßnahmen auf die außen- und innenpolitische Lage: im Ausland werde die öffentliche Meinung gegen die Sowjetunion mobil gemacht werden, im Innern verärgere sich die Klasse der Kleinrentner, die die bürgerlichen Elemente anwohnen. Auf diese „bürgerlichen Elemente“ nahm auch Kytow in seiner im Moskauer Sowjet gehaltenen Rede Bezug, indem er erklärte, daß die Mitglieder der gegenrevolutionären Organisation sich aus sämtlichen bürgerlichen Parteien rekrutierten und in Verbindung mit ausländischen Spionagenzentralen auf den Sturz der Sowjetregierung hinarbeiteten. Gleichzeitig betonte Kytow, daß alle Gerüchte über angeblich geplante Aufhebung des RCP aus gegenrevolutionären Kreisen kommen, weder die Regierung noch die kommunistische Partei hätten die Absicht, die Grundlagen der neuen Wirtschaftsordnung zu revidieren. Außer den sechs Reichsdeutschen sollen noch zwölf russische Staatsangehörige auf Grund des § 58 des Strafgesetzbuchs der Sowjetunion verurteilt werden, die sich gegen Sabotage und Verhinderung im Wirtschaftsausschuss der Kapitalisten und ehemaligen Arbeiter richteten und die Todesstrafe vorliege. Die verhafteten Deutschen werden dagegen nur der Beihilfe angeklagt, wofür die Strafe Ausweisung aus der Sowjetunion und Konfiskation des in Ausland befindlichen Eigentums vorgezogen ist. Der Prozess soll Ende April stattfinden. Die vom Reichsjustizministerium vorgelegenen Formalitäten sind übrigens bei der Verhaftung der Reichsdeutschen von den Sowjetbehörden korrekt eingehalten worden.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag genehmigte zunächst die Haushaltsrechnung für 1927. Der Nachtragset für 1927, der u. a. die zur Deckung der aus der Phoebeus-Angelegenheit entstandenen Kosten bereitgestellten 7 Millionen enthält, wurde dem Haushaltsausschuss überwiesen. Es folgte die

Veratung des Teiles des Vorprogramms, in dem die Fleischproduzierende Landwirtschaft unterstützt werden soll.

Zunächst will eine Novelle zum Zolltarifgesetz für die Schweinefleischzölle in Höhe der Einfuhrzölle einführen, deren Wert betragen soll bei der Ausfuhr von lebenden Schweinen 16 % bei Schweinefleisch 21 % und bei Schweinefleisch in Blättern 27 % je Doppelpennier. Ein dazu vorgelegener Gesetzesentwurf für die Zollfreie Einfuhr von Futtergerste zum Gegenwert der Einfuhrzölle wurde abgelehnt.

Nach der zweiten Regierungsvorlesung soll das Zollfreie Getreidekontingent von 120000 Tonnen auf 50000 Tonnen herabgesetzt und der Regierung die Ermächtigung erteilt werden, das Kontingent weiter dem Stand der Fleischversorgung anzugleichen.

Abg. Frau Wurm (Soz.) wandte sich gegen die Regierungsvorlesung. Tatsächlich ist heute der Fleischverbrauch noch um 7 Prozent geringer als in der Vorperiode. Die Rednerin fragte den Minister, mit welchem Recht er schon jetzt für Februar und März das Getreidekontingent von 10000 auf 8500 Tonnen herabgesetzt habe, obwohl das Gesetz noch gar nicht angenommen sei. Sie beantragte allgemeine Zollfreiheit für Getreidefleisch oder Heraushebung des zollfreien Getreidekontingents.

Reichsernährungsminister Dr. Schiele erwiderte, er sei wohl berechtigt gewesen, das Kontingent für Februar und März herabzusetzen. Das entsprechende Gesetz dem geltenden Recht. Ursprünglich sei beabsichtigt gewesen, das zollfreie Getreidekontingent nur der minderbemittelten Bevölkerung zugänglich zu machen. Bei der Verteilung des Kontingents sollen möglichst nur die Gebiete berücksichtigt werden, in denen sich schon bisher Bedarf gezeigt hat. Diese Beschränkung wird es ermöglichen, daß die zugekauften Verkaufsstellen in den mit Getreidefleisch auch weiterhin zu versorgenden Gebieten nach wie vor die notwendigen Mengen erhalten können. Der Minister äußerte sich dann über die Lage des Rindvieh- und Schweinefleischmarktes und betonte, daß die Rind- und Rindfleischpreise gegenüber der Vorperiode gefallen sind. Wenn man die veränderten Verhältnisse zugrunde lege, sei

der heutige Rinderpreis sogar 20 % niedriger als der von 1913.

Bei Fortdauer des jetzigen Zustandes würden die kleinsten Betriebe, zu denen auch die Landwirte gehören, monatlich 30 Millionen Mark zulegen. Die Eigenversorgung mit Fleisch sei in Deutschland im wesentlichen erreicht. Es sei nicht, gegenüber allen diesen möglichen Umständen den bei der Viehhaltung erzielten gewaltigen volkswirtschaftlichen Fortschritt fortzusetzen, ihn nach Möglichkeit zu fördern und nicht durch ruinöse Absatzverhältnisse zu machen. Aus der Schlachtviehproduktion ergebe sich heute in Deutschland ein Wert von 5 1/2 Milliarden Mark, allein aus der Schweinefleischproduktion von 3 1/2 Milliarden Mark. Der heute dargelegte Schlachtviehmarkt beweise, daß die Produktion auf diesem Gebiet nicht aufrechterhalten, geschweige denn vermehrt werden könne, wenn nicht bald eine Wende eintrete. Die 1924 noch notwendig gewesen seien.

Einfuhrerleichterungen seien heute nicht mehr erforderlich.

Daraus ergebe sich die Notwendigkeit der Gesetzesvorlage. Nach weiterer Aussprache wurden die Vorlagen dem handelspolitischen Ausschuss überwiesen.

Das Gesetz über die weitere Zulassung von Hilfsmitteln im Reichspatentamt wurde ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgte die erste Beratung des vom Abg. Dr. Rahl (D. Vp.) und Genossen eingebrachten Gesetzes zur Fortführung der Strafrechtsreform.

Das Verordnungsgebot besagt, daß die im Reichsausschuss verhandelte Vorlage auch den kommenden neuen Reichstag beschickten soll, ohne daß es ihrer erneuten Einbringung bedarf und daß die Entwürfe als neue Vorlagen gelten.

Das Gesetz wird in erster und zweiter Lesung gegen die Kommunisten angenommen. Der sofortigen Vornahme der dritten Lesung wurde von den Kommunisten widersprochen.

Die Novelle zum Gesetz über das Verfahren in Verfolgungssachen,

das hierauf zur zweiten Beratung kam, will Kriegsschädigten in der Regel Gebührenfreiheit einräumen und bringt eine weitere Einschränkung der Zuständigkeit des Reichs.

Die Novelle wurde gegen die Stimmen der Kommunisten in zweiter und dritter Beratung angenommen, ebenso die Ausnahmeentscheidungen.

Zur Beratung kam dann der

Bericht des Wohnungsausschusses zu der Denkschrift über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung.

Der Ausschuss fordert in seinen Beschlüssen einen Wohnungsbauplan bis Ende 1935 und eine jährliche Fertigstellung von mehr als 20000 Wohnungen. Der 1927 geschätzte Fehlbetrag soll durch Auslandsanleihen bis 30 Millionen gedeckt werden. Die Zins- und Amortisationsraten aus Hauszinssteuer, Hypotheken und Darlehen sollen auskömmlich für den Kleinwohnungsbau benutzt werden.

Abg. Hülsmann (Soz.) gab in einer Erklärung Bedenken der sozialdemokratischen Fraktion Ausdruck, trotz dieser Bedenken könne die Fraktion den Ausschuss-

beschlüssen zu, weil sie doch einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand erkennen ließen.

Die Beschlüsse des Wohnungsausschusses werden ohne weitere Debatte mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgten nun die am letzten Freitag zurückgestellten Abstimmungen zum Haushalt des Reichsverkehrsministeriums.

Der kommunistische Antrag auf Streichung des Ministergehalts wurde gegen die Antragsteller abgelehnt. Der Haushalt wurde nach den Ausschussbeschlüssen angenommen, ebenso verschiedene Entschlüsse, in denen u. a. größere Berücksichtigung der Orts-

anständigen Handwerker bei Auftragsvergaben und eine Kontrolle darüber gefordert wird, daß die Kraftverkehrsbeschlüsse, an denen das Reich beteiligt ist, nicht dem privaten Transportgewerbe Konkurrenz machen.

Der Antrag der Deutschen Volkspartei und der Demokraten auf Bewilligung von 2 Millionen zur Vollendung des neuen Zeppelin-Luftschiffes wurde gegen die Antragsteller abgelehnt. Abgelehnt wurde auch der Zentrumsantrag, der für den Mittelstandsalter 20 nur 10 Millionen M. einstellen wollte.

Um 18.30 Uhr wurde Vertagung beschlossen. Nächste Sitzung Mittwoch 14 Uhr: Reichswehretat.

nicht richtig, daß nur einige kleine Staatsverletzungen vorgekommen seien.

Rein, die sämtlichen hier ausgegebenen Summen seien Staatsverletzungen und eine Schädigung des öffentlichen Rechts, die dem Vermögen des deutschen Volkes zugefügt worden sei. Diese an sich schon bekannten Dinge hätten in dem Bericht offen ausgesprochen werden müssen, weil sonst der Eindruck entstände, es werde noch vieles verschwiegen. Jedenfalls habe Vohmann auch schwer gegen das Deutsche Reich gefehlt. Die sogenannten Treuhänder hätten reichlich verdient. Sie müßten zur Abdeckung der Verluste mitangezogen werden. Der Ausschuss müsse danach fragen,

wie hoch der wirtschaftliche Verlust sei, nur 7 Millionen, wie der Bericht angebe, oder 25 bis 30 Millionen, wie die Zeitungen meinten. Das Ansehen der Marine ist im Grunde durch die Vorgänge schwer geschädigt worden. Sollten Sie sich wieder das Vertrauen im Parlament wie in der Öffentlichkeit?

Abg. Brünninghaus (D. Vp.) erklärte, er könne mit den meisten Vorrednern überein in der Beurteilung dieser höchst unerquicklichen Vorkommnisse. Es sei unendlich, wie so lange Zeit derartige Geschäfte gemacht werden konnten, ohne daß die an höchster Stelle verantwortlichen Instanzen davon Kenntnis erhielten. Im Interesse der Marine liege es, daß den Abgeordneten volle Aufklärung gegeben werde. Vohmann habe sich auf manche Sachen eingelassen, um alte Wunden zu verstopfen und sei dabei offenbar in die Hände von Beratern gelangt. (Zuruf: Schlebertonieren!) Die sich selbst bereichert haben. Der Redner fragt, wie es möglich gewesen sei, daß Offenheit sei nicht da, denn es dürfe sich aus diesen Vorkommnissen kein Vorurteil gegen die Marine entwickeln.

Eine möglichst schnelle Abklärung der Vorgefallenen sei auch im Interesse der Reichsregierung notwendig.

Abg. Stöcker (Komm.) erklärte, die vom Abgeordneten Schneller gemachten Angaben seien zutreffend und nicht die Produkte einer Fälschung.

Abg. Müller-Frank (Soz.) erklärte, die Sozialdemokraten hätten sich für volle Aufklärung der Angelegenheit eingesetzt. Vor allem müsse gesagt werden, wieviel Mittel aus den im Bericht erwähnten Sonderfonds genommen worden sind, und

ob auch bei anderen Ministerien ähnliche Sonderfonds vorhanden sind.

Endlich schneide ihm die Frage wichtig zu sein, ob neben Vohmann noch andere Schuldige vorhanden sind. Die Beteiligung an der Phoebeus-Geschichte reiche bis 1923 zurück, wo Generaldirektor Cuno Reichsminister gewesen sei. Im Haushaltsausschuss hätten allerdings nicht alle Einzelheiten geklärt werden können, besser sei dafür der Untersuchungsausschuss geeignet.

Abg. Leichter (D. Vp.) erklärte, er sei durch den vorgelegten Bericht nicht voll befriedigt. Die Abgeordneten würden sich verpflichtet fühlen, wenn sie nicht jede Ausgabe kontrollierten. Zunächst müsse die Frage beantwortet werden,

welche Mittel zur vollständigen Liquidierung der Unternehmungen noch erforderlich seien.

Abg. Treppner (Dnt.) führt aus: Weber kaufmännisch noch real sei mit den Mitteln des Reiches korrekt verfahren worden. Wir hätten gewünscht, daß der frühere Reichsfinanzminister Dr. Reinhold sein Ministerium in Kenntnis gesetzt hätte von der Bürgschaftsübernahme und daß er diese Gelegenheit benutzt hätte, um die ganze Sache nachzuprüfen. Der vorliegende Bericht schaffe nicht die notwendige Klarheit. Wir müssen fragen: Welche Persönlichkeiten sind beteiligt und welche finanziellen Zuwendungen sind dabei den einzelnen beteiligten Persönlichkeiten ausgeflossen?

Abg. Dr. Wrede (D. Vp.) fordert Scheidung des Statistischen vom Finanzministerium. Heute handele es sich im wesentlichen um die Liquidierung eines verlorenen Unternehmens. Die Hauptfrage sei, für die Zukunft die Wiederholung solcher Dinge zu verhindern.

Reichswehrminister Dr. Groener erklärte: Es ist für mich keine leichte Aufgabe, eine Angelegenheit zu vertreten, die eben einseitig nicht zu vertreten ist. Ich gelte treuhänderisch, daß ich niemandem damit einverleiden werde, auf eine solche Art und Weise unangehörige finanzielle Mittel für Zwecke auszugeben, die nicht absolut klar und einwandfrei liegen. Ich übernehme die Verantwortung für den Bericht. Ich konnte in dem Bericht selbstverständlich nicht auf alle in der Debatte erwähnten Dinge eingehen. Ich bin aber

gern bereit, in einem Untersuchungsausschuss die Einzelheiten zu behandeln.

Ich stehe nicht an, zu erklären, daß das Reichshaushaltsrecht und die Haushaltsordnung in einer unverantwortlichen Weise verletzt worden ist und kann es auch nicht billigen, daß ein Vorgesetzter einem Untergebenen so weitgehende Vollmachten gibt. Ich verange von jedem Untergebenen, daß er mir über alle Vorgänge klaren Bericht einreicht. Ich gebe zu, daß die Schuld nicht allein an Kapitän Vohmann liegt.

Ich bedaure, daß Vohmann selbst nicht das Gefühl hatte, zu fordern, daß neben ihm eine Kontrollperson gestellt werde, die beweisen könnte, daß er eine reine Wette hätte.

Ich übernehme die volle Garantie, daß derartige Fonds nicht mehr entstehen

und daß Beiträge, wie sie sich im Laufe dieser Transaktion gegen die Haushaltsordnung und gegen den gesunden Menschenverstand gezeigt haben, nicht wieder vorkommen. Ich räume ein, jedes derartige System und jede solche Art der Organisation, die irgendwo in der Wehrmacht noch liegen sollten, ist falsch. Was aber hier verhandelt worden ist, darf nicht wieder in der Wehrmacht als ganzes und besonders nicht der gesamten Wehrmacht zur Last gelegt werden.

Wehrmacht und Marineleitung haben den dringenden Wunsch, aus all solchen antragbaren Dingen herauszukommen

und nicht wieder auf eine solche Wette betastet zu werden. Ich würde es begrüßen, wenn die Liquidation der ganzen Angelegenheit im Finanzministerium stattfinden würde. Wir müßten alle miteinander — und ich nehme an, das größte Land wird die ganze Wehrmacht und das Reichswehrministerium überal und rückwärts herführen. Dann würde belassen, das Material an einen Untersuchungsausschuss zu verweisen.

Am Mittwoch wird der Ausschuss Gegenstände des Notprogramms beraten.

Die Nazis sollte im wesentlichen Schnellboote herstellen. Der Redner fragt, wo sich diese Boote jetzt befinden und ob nicht eins als Geschenk beim kaiserlichen Jagtclub, ein anderes an norwegische Spritzschmuggler verschoben worden sei.

Abg. Erising (Ztr.) meint, es handele sich hier um eine tief traurige Angelegenheit. Sie werde aber leider jetzt parteipolitisch in einer Art behandelt, die nicht zu rechtfertigen sei. Die Schuld daran trage zum großen Teil das Reichswehrministerium. Hätte es die ersten Meldungen des Berliner Tageblatts nicht demontiert, sondern offen zugegeben, daß Fehler vorgekommen sind, so würde das besser gewesen sein. Man sollte auch nicht, wie es in dem vorliegenden Bericht geschieht, den Versuch unternehmen, den Kapitän Vohmann als den alleinigen Schuldigen hinzustellen. Weiter sei es

Der Haushaltsausschuss des Reichstages begann heute die Vernehmung über den Phoebeus-Bericht. Zur Geschäftsordnung nahm zunächst der Kommunist Stöcker das Wort, um eine Erneuerung des vom Ausschuss gefassten Beschlusses auf die sofortige Verlegung des Phoebeus-Berichtes zu beantragen. Dieser Bericht sei von der Regierung nicht ausgeführt worden. Sie habe anstatt des Saemisch-Berichtes den Fraktionsführern einen Bericht vorgelegt, der eine Herausforderung der öffentlichen Meinung bedeute. Die wichtigsten Feststellungen des Saemisch-Berichtes seien in dem geäußerten Bericht verdrängt worden. Als sei Kapitän Vohmann allein für die Dinge verantwortlich, die tatsächlich von seinen Vorgesetzten, vom früheren Minister Gehler und den Reichsfinanzministern Luder und Marx verantwortet werden müßten.

Abg. Müller-Frank (Soz.) widersprach auf diesem kommunistischen Antrag, der nur geeignet sei, die in sich schon knapp bemessene Zeit für die Vernehmung des Berichtes weiter zu verkürzen. Die auch von den Sozialdemokraten zu übende Kritik werde in der nächsten Vernehmung vorgebracht werden.

Der kommunistische Geschäftsordnungsantrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Als erster Redner nahm der Sozialdemokrat Heintz das Wort. Er führte aus, dem Bericht fehle die Untersuchung. Da werde von Aufträgen auf Motorboote gesprochen, aber gegründet werden mit diesem Geld eine Reihe Geschäfte. Was haben sie mit dem Marineamt zu tun? Sind mit dieser Apparatur wirklich keine politischen Gedanken verbunden gewesen? Hier müßte doch auch der Reichshaushaltsbericht Vohmanns vorgelegt werden. Wie sieht es z. B. mit dem Bau des Motorbootflottes? Beim Phoebeus-Fall treten

sonderbare Treuhänder auf; eine Reihe werden genannt. In den Hintergrund tritt aber der Treuhänder für das Marineamt, der auch beim Hauskauf in der Völkermstraße verdient hat. Ueber dieses System von Treuhändern, die auch selbständige Geschäfte machen, müssen wir Klarheit durch Verlegung der Beträge erhalten. Es das nicht geschieht, werden wir die Nachtragsforderungen von 7 Millionen Mark nicht genehmigen. Wie sonderbar ist die ganze Sache, die Spedanten! Die Angelegenheit des Hauses im Tiergarten hat doch zweifellos zum Marineamt Beziehungen gehabt, nicht nur zur Person Vohmanns, ebenso wie die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Angelegenheit. Auch die Dm-Angelegenheit führt zur Wehrmacht, also dem Marineamt. Um die

ist es jetzt so still geworden, angeblich weil sie von einem anderen Amt übernommen ist. Wir verlangen, daß die Liquidation der Geschäfte, die beteiligt sind, an die zuständige Behörde, das Reichsfinanzministerium, zu übertragen ist.

Abg. Dr. Haas (D.) wollen wir Klarheit schaffen, so ist es notwendig, daß diese Angelegenheit nicht parteipolitisch behandelt und nicht Vohmann einfach als Sündenbock behandelt wird.

Hier haben die Behörden stark gekündigt, z. B. wenn es richtig ist, daß die Verleumdung der Reichswehr an Vohmann, also an eine einzige Person geschah. Wo waren die verantwortlichen Männer, die Vohmann beauftragten und ihn von weiteren falschen Schritten abhalten mußten. Als der Finanzminister Reinhold in sein Amt kam, war das Unglück schon geschehen. Er ist zur Mitübernahme der Bürgschaft durch eine schwere Pflichtwidrigkeit Vohmanns verführt worden. An der geschäftlichen „Schlampe“ hat die damalige Regierung schuld, die es zuließ und nicht verhinderte, daß ein

Kapitän Vohmann geschäftlich grüßewohnungsfähig werden konnte. Was hilft es uns, jetzt festzustellen, daß in der Vergangenheit das Geld ausgegeben und verloren ist. Das Einzige, was wir erreichen können, ist zu verhindern, daß eine Wiederholung solcher Vorkommnisse für die Zukunft unmöglich wird.

Abg. Schneller (F.) bezeichnet es als falsch, wenn der Bericht die Verleumdungen als eine Vohmann-Angelegenheit hinstellen will. Der Originalbericht des Präsidenten Saemisch betonte das mit den Worten: „Die ganze Angelegenheit kann nicht nur unter dem Gesichtspunkt der subjektiven Verantwortung Vohmanns, sondern der generellen Verantwortlichkeit eines Systems betrachtet werden.“ Es handelt sich hier um Dinge ähnlich der schwarzen Reichswehr.

Reichswehrminister Groener: Der Abg. Schneller hat Teile eines Berichtes vorgelesen, in der Annahme, daß diese Teile aus dem Bericht des Präsidenten Saemisch stammen. Leider ist der Abg. Schneller einer Täuschung zum Opfer gefallen. Ich kenne den Saemisch-Bericht und das ganze Material ganz genau. Von dem, was Abg. Schneller vorgelesen hat, steht überhaupt nichts in dem Bericht und in dem Material. Ich fürchte, Abg. Schneller hat diese Sachen aus einer Fälschung verlesen, die ausgestellt ist.

Abg. Dr. Leber (Soz.): Der Bericht stellt eine Reihe Dinge klar einseitig dar. So seien die Vorgänge bei der Trapa irrig dargestellt. Die Marineleitung habe nach seiner Meinung Kenntnis von den Korruptionsskandalen dort gehabt. Trapa und Calpar-Werte hätten denn auch eine Unterbilanz von über einer Million gehabt. Zur Verdeckung der Herabgabe von Reichsmitteln habe sich dann eine Verschönerung der Bilanz, eine Fälschung, notwendig gemacht.

Allein der Trapa-Komplex habe dem Reich vier bis fünf Millionen Mark gekostet.

Die Nazis sollte im wesentlichen Schnellboote herstellen. Der Redner fragt, wo sich diese Boote jetzt befinden und ob nicht eins als Geschenk beim kaiserlichen Jagtclub, ein anderes an norwegische Spritzschmuggler verschoben worden sei.

Abg. Erising (Ztr.) meint, es handele sich hier um eine tief traurige Angelegenheit. Sie werde aber leider jetzt parteipolitisch in einer Art behandelt, die nicht zu rechtfertigen sei. Die Schuld daran trage zum großen Teil das Reichswehrministerium. Hätte es die ersten Meldungen des Berliner Tageblatts nicht demontiert, sondern offen zugegeben, daß Fehler vorgekommen sind, so würde das besser gewesen sein. Man sollte auch nicht, wie es in dem vorliegenden Bericht geschieht, den Versuch unternehmen, den Kapitän Vohmann als den alleinigen Schuldigen hinzustellen. Weiter sei es

Der Haushaltsausschuss des Reichstages begann heute die Vernehmung über den Phoebeus-Bericht. Zur Geschäftsordnung nahm zunächst der Kommunist Stöcker das Wort, um eine Erneuerung des vom Ausschuss gefassten Beschlusses auf die sofortige Verlegung des Phoebeus-Berichtes zu beantragen. Dieser Bericht sei von der Regierung nicht ausgeführt worden. Sie habe anstatt des Saemisch-Berichtes den Fraktionsführern einen Bericht vorgelegt, der eine Herausforderung der öffentlichen Meinung bedeute. Die wichtigsten Feststellungen des Saemisch-Berichtes seien in dem geäußerten Bericht verdrängt worden. Als sei Kapitän Vohmann allein für die Dinge verantwortlich, die tatsächlich von seinen Vorgesetzten, vom früheren Minister Gehler und den Reichsfinanzministern Luder und Marx verantwortet werden müßten.

Abg. Müller-Frank (Soz.) widersprach auf diesem kommunistischen Antrag, der nur geeignet sei, die in sich schon knapp bemessene Zeit für die Vernehmung des Berichtes weiter zu verkürzen. Die auch von den Sozialdemokraten zu übende Kritik werde in der nächsten Vernehmung vorgebracht werden.

Der kommunistische Geschäftsordnungsantrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Als erster Redner nahm der Sozialdemokrat Heintz das Wort. Er führte aus, dem Bericht fehle die Untersuchung. Da werde von Aufträgen auf Motorboote gesprochen, aber gegründet werden mit diesem Geld eine Reihe Geschäfte. Was haben sie mit dem Marineamt zu tun? Sind mit dieser Apparatur wirklich keine politischen Gedanken verbunden gewesen? Hier müßte doch auch der Reichshaushaltsbericht Vohmanns vorgelegt werden. Wie sieht es z. B. mit dem Bau des Motorbootflottes? Beim Phoebeus-Fall treten

sonderbare Treuhänder auf; eine Reihe werden genannt. In den Hintergrund tritt aber der Treuhänder für das Marineamt, der auch beim Hauskauf in der Völkermstraße verdient hat. Ueber dieses System von Treuhändern, die auch selbständige Geschäfte machen, müssen wir Klarheit durch Verlegung der Beträge erhalten. Es das nicht geschieht, werden wir die Nachtragsforderungen von 7 Millionen Mark nicht genehmigen. Wie sonderbar ist die ganze Sache, die Spedanten! Die Angelegenheit des Hauses im Tiergarten hat doch zweifellos zum Marineamt Beziehungen gehabt, nicht nur zur Person Vohmanns, ebenso wie die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Angelegenheit. Auch die Dm-Angelegenheit führt zur Wehrmacht, also dem Marineamt. Um die

ist es jetzt so still geworden, angeblich weil sie von einem anderen Amt übernommen ist. Wir verlangen, daß die Liquidation der Geschäfte, die beteiligt sind, an die zuständige Behörde, das Reichsfinanzministerium, zu übertragen ist.

Abg. Dr. Haas (D.) wollen wir Klarheit schaffen, so ist es notwendig, daß diese Angelegenheit nicht parteipolitisch behandelt und nicht Vohmann einfach als Sündenbock behandelt wird.

Hier haben die Behörden stark gekündigt, z. B. wenn es richtig ist, daß die Verleumdung der Reichswehr an Vohmann, also an eine einzige Person geschah. Wo waren die verantwortlichen Männer, die Vohmann beauftragten und ihn von weiteren falschen Schritten abhalten mußten. Als der Finanzminister Reinhold in sein Amt kam, war das Unglück schon geschehen. Er ist zur Mitübernahme der Bürgschaft durch eine schwere Pflichtwidrigkeit Vohmanns verführt worden. An der geschäftlichen „Schlampe“ hat die damalige Regierung schuld, die es zuließ und nicht verhinderte, daß ein

Kapitän Vohmann geschäftlich grüßewohnungsfähig werden konnte. Was hilft es uns, jetzt festzustellen, daß in der Vergangenheit das Geld ausgegeben und verloren ist. Das Einzige, was wir erreichen können, ist zu verhindern, daß eine Wiederholung solcher Vorkommnisse für die Zukunft unmöglich wird.

Abg. Schneller (F.) bezeichnet es als falsch, wenn der Bericht die Verleumdungen als eine Vohmann-Angelegenheit hinstellen will. Der Originalbericht des Präsidenten Saemisch betonte das mit den Worten: „Die ganze Angelegenheit kann nicht nur unter dem Gesichtspunkt der subjektiven Verantwortung Vohmanns, sondern der generellen Verantwortlichkeit eines Systems betrachtet werden.“ Es handelt sich hier um Dinge ähnlich der schwarzen Reichswehr.

Reichswehrminister Groener: Der Abg. Schneller hat Teile eines Berichtes vorgelesen, in der Annahme, daß diese Teile aus dem Bericht des Präsidenten Saemisch stammen. Leider ist der Abg. Schneller einer Täuschung zum Opfer gefallen. Ich kenne den Saemisch-Bericht und das ganze Material ganz genau. Von dem, was Abg. Schneller vorgelesen hat, steht überhaupt nichts in dem Bericht und in dem Material. Ich fürchte, Abg. Schneller hat diese Sachen aus einer Fälschung verlesen, die ausgestellt ist.

Abg. Dr. Leber (Soz.): Der Bericht stellt eine Reihe Dinge klar einseitig dar. So seien die Vorgänge bei der Trapa irrig dargestellt. Die Marineleitung habe nach seiner Meinung Kenntnis von den Korruptionsskandalen dort gehabt. Trapa und Calpar-Werte hätten denn auch eine Unterbilanz von über einer Million gehabt. Zur Verdeckung der Herabgabe von Reichsmitteln habe sich dann eine Verschönerung der Bilanz, eine Fälschung, notwendig gemacht.

Allein der Trapa-Komplex habe dem Reich vier bis fünf Millionen Mark gekostet.

Die Nazis sollte im wesentlichen Schnellboote herstellen. Der Redner fragt, wo sich diese Boote jetzt befinden und ob nicht eins als Geschenk beim kaiserlichen Jagtclub, ein anderes an norwegische Spritzschmuggler verschoben worden sei.

Abg. Erising (Ztr.) meint, es handele sich hier um eine tief traurige Angelegenheit. Sie werde aber leider jetzt parteipolitisch in einer Art behandelt, die nicht zu rechtfertigen sei. Die Schuld daran trage zum großen Teil das Reichswehrministerium. Hätte es die ersten Meldungen des Berliner Tageblatts nicht demontiert, sondern offen zugegeben, daß Fehler vorgekommen sind, so würde das besser gewesen sein. Man sollte auch nicht, wie es in dem vorliegenden Bericht geschieht, den Versuch unternehmen, den Kapitän Vohmann als den alleinigen Schuldigen hinzustellen. Weiter sei es

Der Haushaltsausschuss des Reichstages begann heute die Vernehmung über den Phoebeus-Bericht. Zur Geschäftsordnung nahm zunächst der Kommunist Stöcker das Wort, um eine Erneuerung des vom Ausschuss gefassten Beschlusses auf die sofortige Verlegung des Phoebeus-Berichtes zu beantragen. Dieser Bericht sei von der Regierung nicht ausgeführt worden. Sie habe anstatt des Saemisch-Berichtes den Fraktionsführern einen Bericht vorgelegt, der eine Herausforderung der öffentlichen Meinung bedeute. Die wichtigsten Feststellungen des Saemisch-Berichtes seien in dem geäußerten Bericht verdrängt worden. Als sei Kapitän Vohmann allein für die Dinge verantwortlich, die tatsächlich von seinen Vorgesetzten, vom früheren Minister Gehler und den Reichsfinanzministern Luder und Marx verantwortet werden müßten.

Abg. Müller-Frank (Soz.) widersprach auf diesem kommunistischen Antrag, der nur geeignet sei, die in sich schon knapp bemessene Zeit für die Vernehmung des Berichtes weiter zu verkürzen. Die auch von den Sozialdemokraten zu übende Kritik werde in der nächsten Vernehmung vorgebracht werden.

Der kommunistische Geschäftsordnungsantrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Als erster Redner nahm der Sozialdemokrat Heintz das Wort. Er führte aus, dem Bericht fehle die Untersuchung. Da werde von Aufträgen auf Motorboote gesprochen, aber gegründet werden mit diesem Geld eine Reihe Geschäfte. Was haben sie mit dem Marineamt zu tun? Sind mit dieser Apparatur wirklich keine politischen Gedanken verbunden gewesen? Hier müßte doch auch der Reichshaushaltsbericht Vohmanns vorgelegt werden. Wie sieht es z. B. mit dem Bau des Motorbootflottes? Beim Phoebeus-Fall treten

sonderbare Treuhänder auf; eine Reihe werden genannt. In den Hintergrund tritt aber der Treuhänder für das Marineamt, der auch beim Hauskauf in der Völkermstraße verdient hat. Ueber dieses System von Treuhändern, die auch selbständige Geschäfte machen, müssen wir Klarheit durch Verlegung der Beträge erhalten. Es das nicht geschieht, werden wir die Nachtragsforderungen von 7 Millionen Mark nicht genehmigen. Wie sonderbar ist die ganze Sache, die Spedanten! Die Angelegenheit des Hauses im Tiergarten hat doch zweifellos zum Marineamt Beziehungen gehabt, nicht nur zur Person Vohmanns, ebenso wie die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Angelegenheit. Auch die Dm-Angelegenheit führt zur Wehrmacht, also dem Marineamt. Um die

ist es jetzt so still geworden, angeblich weil sie von einem anderen Amt übernommen ist. Wir verlangen, daß die Liquidation der Geschäfte, die beteiligt sind, an die zuständige Behörde, das Reichsfinanzministerium, zu übertragen ist.

Abg. Dr. Haas (D.) wollen wir Klarheit schaffen, so ist es notwendig, daß diese Angelegenheit nicht parteipolitisch behandelt und nicht Vohmann einfach als Sündenbock behandelt wird.

Hier haben die Behörden stark gekündigt, z. B. wenn es richtig ist, daß die Verleumdung der Reichswehr an Vohmann, also an eine einzige Person geschah. Wo waren die verantwortlichen Männer, die Vohmann beauftragten und ihn von weiteren falschen Schritten abhalten mußten. Als der Finanzminister Reinhold in sein Amt kam, war das Unglück schon geschehen. Er ist zur Mitübernahme der Bürgschaft durch eine schwere Pflichtwidrigkeit Vohmanns verführt worden. An der geschäftlichen „Schlampe“ hat die damalige Regierung schuld, die es zuließ und nicht verhinderte, daß ein

Kapitän Vohmann geschäftlich grüßewohnungsfähig werden konnte. Was hilft es uns, jetzt festzustellen, daß in der Vergangenheit das Geld ausgegeben und verloren ist. Das Einzige, was wir erreichen können, ist zu verhindern, daß eine Wiederholung solcher Vorkommnisse für die Zukunft unmöglich wird.

Abg. Schneller (F.) bezeichnet es als falsch, wenn der Bericht die Verleumdungen als eine Vohmann-Angelegenheit hinstellen will. Der Originalbericht des Präsidenten Saemisch betonte das mit den Worten: „Die ganze Angelegenheit kann nicht nur unter dem Gesichtspunkt der subjektiven Verantwortung Vohmanns, sondern der generellen Verantwortlichkeit eines Systems betrachtet werden.“ Es handelt sich hier um Dinge ähnlich der schwarzen Reichswehr.

Reichswehrminister Groener: Der Abg. Schneller hat Teile eines Berichtes vorgelesen, in der Annahme, daß diese Teile aus dem Bericht des Präsidenten Saemisch stammen. Leider ist der Abg. Schneller einer Täuschung zum Opfer gefallen. Ich kenne den Saemisch-Bericht und das ganze Material ganz genau. Von dem, was Abg. Schneller vorgelesen hat, steht überhaupt nichts in dem Bericht und in dem Material. Ich fürchte, Abg. Schneller hat diese Sachen aus einer Fälschung verlesen, die ausgestellt ist.

Abg. Dr. Leber (Soz.): Der Bericht stellt eine Reihe Dinge klar einseitig dar. So seien die Vorgänge bei der Trapa irrig dargestellt. Die Marineleitung habe nach seiner Meinung Kenntnis von den Korruptionsskandalen dort gehabt. Trapa und Calpar-Werte hätten denn auch eine Unterbilanz von über einer Million gehabt. Zur Verdeckung der Herabgabe von Reichsmitteln habe sich dann eine Verschönerung der Bilanz, eine Fälschung, notwendig gemacht.

Allein der Trapa-Komplex habe dem Reich vier bis fünf Millionen Mark gekostet.

Die Nazis sollte im wesentlichen Schnellboote herstellen. Der Redner fragt, wo sich diese Boote jetzt befinden und ob nicht eins als Geschenk beim kaiserlichen Jagtclub, ein anderes an norwegische Spritzschmuggler verschoben worden sei.

Abg. Erising (Ztr.) meint, es handele sich hier um eine tief traurige Angelegenheit. Sie werde aber leider jetzt parteipolitisch in einer Art behandelt, die nicht zu rechtfertigen sei. Die Schuld daran trage zum großen Teil das Reichswehrministerium. Hätte es die ersten Meldungen des Berliner Tageblatts nicht demontiert, sondern offen zugegeben, daß Fehler vorgekommen sind, so würde das besser gewesen sein. Man sollte auch nicht, wie es in dem vorliegenden Bericht geschieht, den Versuch unternehmen, den Kapitän Vohmann als den alleinigen Schuldigen hinzustellen. Weiter sei es

Der Haushaltsausschuss des Reichstages begann heute die Vernehmung über den Phoebeus-Bericht. Zur Geschäftsordnung nahm zunächst der Kommunist Stöcker das Wort, um eine Erneuerung des vom Ausschuss gefassten Beschlusses auf die sofortige Verlegung des Phoebeus-Berichtes zu beantragen. Dieser Bericht sei von der Regierung nicht ausgeführt worden. Sie habe anstatt des Saemisch-Berichtes den Fraktionsführern einen Bericht vorgelegt, der eine Herausforderung der öffentlichen Meinung bedeute. Die wichtigsten Feststellungen des Saemisch-Berichtes seien in dem geäußerten Bericht verdrängt worden. Als sei Kapitän Vohmann allein für die Dinge verantwortlich, die tatsächlich von seinen Vorgesetzten, vom früheren Minister Gehler und den Reichsfinanzministern Luder und Marx verantwortet werden müßten.

Abg. Müller-Frank (Soz.) widersprach auf diesem kommunistischen Antrag, der nur geeignet sei, die in sich schon knapp bemessene Zeit für die Vernehmung des Berichtes weiter zu verkürzen. Die auch von den Sozialdemokraten zu übende Kritik werde in der nächsten Vernehmung vorgebracht werden.

Der kommunistische Geschäftsordnungsantrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Als erster Redner nahm der Sozialdemokrat Heintz das Wort. Er führte aus, dem Bericht fehle die Untersuchung. Da werde von Aufträgen auf Motorboote gesprochen, aber gegründet werden mit diesem Geld eine Reihe Geschäfte. Was haben sie mit dem Marineamt zu tun? Sind mit dieser Apparatur wirklich keine politischen Gedanken verbunden gewesen? Hier müßte doch auch der Reichshaushaltsbericht Vohmanns vorgelegt werden. Wie sieht es z. B. mit dem Bau des Motorbootflottes? Beim Phoebeus-Fall treten

sonderbare Treuhänder auf; eine Reihe werden genannt. In den Hintergrund tritt aber der Treuhänder für das Marineamt, der auch beim Hauskauf in der Völkermstraße verdient hat. Ueber dieses System von Treuhändern, die auch selbständige Geschäfte machen, müssen wir Klarheit durch Verlegung der Beträge erhalten. Es das nicht geschieht, werden wir die Nachtragsforderungen von 7 Millionen Mark nicht genehmigen. Wie sonderbar ist die ganze Sache, die Spedanten! Die Angelegenheit des Hauses im Tiergarten hat doch zweifellos zum Marineamt Beziehungen gehabt, nicht nur zur Person Vohmanns, ebenso wie die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Angelegenheit. Auch die Dm-Angelegenheit führt zur Wehrmacht, also dem Marineamt. Um die

ist es jetzt so still geworden, angeblich weil sie von einem anderen Amt übernommen ist. Wir verlangen, daß die Liquidation der Geschäfte, die beteiligt sind, an die zuständige Behörde, das Reichsfinanzministerium, zu übertragen ist.

Abg. Dr. Haas (D.) wollen wir Klarheit schaffen, so ist es notwendig, daß diese Angelegenheit nicht parteipolitisch behandelt und nicht Vohmann einfach als Sündenbock behandelt wird.

Hier haben die Behörden stark gekündigt, z. B. wenn es richtig ist, daß die Verleumdung der Reichswehr an Vohmann, also an eine einzige Person geschah. Wo waren die verantwortlichen Männer, die Vohmann beauftragten und ihn von weiteren falschen Schritten abhalten mußten. Als der Finanzminister Reinhold in sein Amt kam, war das Unglück schon geschehen. Er ist zur Mitübernahme der Bürgschaft durch eine schwere Pflichtwidrigkeit Vohmanns verführt worden. An der geschäftlichen „Schlampe“ hat die damalige Regierung schuld, die es zuließ und nicht verhinderte, daß ein

Kapitän Vohmann geschäftlich grüßewohnungsfähig werden konnte. Was hilft es uns, jetzt festzustellen, daß in der Vergangenheit das Geld ausgegeben und verloren ist. Das Einzige, was wir erreichen können, ist zu verhindern, daß eine Wiederholung solcher Vorkommnisse für die Zukunft unmöglich wird.

Abg. Schneller (F.) bezeichnet es als falsch, wenn der Bericht die Verleumdungen als eine Vohmann-Angelegenheit hinstellen will. Der Originalbericht des Präsidenten Saemisch betonte das mit den Worten: „Die ganze Angelegenheit kann nicht nur unter dem Gesichtspunkt der subjektiven Verantwortung Vohmanns, sondern der generellen Verantwortlichkeit eines Systems betrachtet werden.“ Es handelt sich hier um Dinge ähnlich der schwarzen Reichswehr.

Reichswehrminister Groener: Der Ab

Rhed.

Arbeits-
Stichtfest-
Amstlicher
des Land-
von der
amtern an
des Kreises
der
der Kreise
AAAAA

Numm

und

Wer als j
irgendwie aus
Korporationen
schiebe zwischen
sind so sein a
es einer länge
überhaupt Na
mal ist jedem
unsere deutsch
Gruppen gerat
die ihre Ehre
können glaube
men für als ge
fönslichen Mut
oft hart beläst
zweitamp
ihnen gehören
benden der
Es soll in
werden, warum
der schwersten
einer Zweitan
gewissen, daß
in dieser Frage
eine neuerliche
vom 15. Juni
Rimmungsmei
Zellsnahme an
wenn mit ihr d
nicht verbunden
nahme an einen
Grunde, weil b
Duell dient.

Auch nach d
kegliche ist der
strafbare Hand
Reichsgerichtsri
daß die Student
Zweitampfe ang
dann eine Waf
Anwendungsari
sondern auch f
Zob eines Men
des höchsten der
welle fast völlig
Bei den Veratu
ten sich Wechre
der Reiche der
genommen und
wollten. Aber
men für künft
Entscheidungen
jedenfalls, daß d
gung der ve
dem neuen S
den wird.

Vor dem Ar
Verbände den fa
der Gleichvertr
mangelndes Eyr
nung waren die
hände täglich zu
Tapferkeit im
die auch die fays
und endlich die
stehen an den Gr
folgte der Vor
tlichen Studenten
Hochschulgemein
religiösen Beken
der Verteidigung
nicht länger die
den. Es soll ane
kürzte Verbleib
der Deutschen B
hochschulpolitisch
organisatorische
bände weitergebl
Die Waffenstun
Waffen Verbände
Abkommen zu sch
händel zwischen
durch ein unpar
Nach längerem
einer Einigung
schen Verbände
Verbände sch
Perfände u
kommen.

Besonders bede
Abkommen zum
katholischen Verb
anschauung fuhend
Der Grundbesan
die Abtug von d
mitlers und den
Ehrenhändel müs
ein Ehrengericht
der Vertreter der
gen eines unpar